

Berliner Stadtblatt

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

WAS SICH ÄNDERN MUSS.
Prominente Berlinerinnen und Berliner über ihre Wünsche zur Bundestagswahl.
Seite 3

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF · AUSGABE SEPTEMBER 2013

GUTE BETREUUNG UND GUTE BILDUNG – GUTE PERSPEKTIVEN!

Über die Jobchancen unserer Kinder entscheiden weniger die Personalabteilungen, als vielmehr eine gute Bildung. Deshalb nimmt der Senat – obwohl das Land weiter sparen muss – Geld in die Hand, um den Berliner Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Ausgangslage zu verschaffen. Mit dem Kita-ausbau-Programm erweitern wir das Betreuungsangebot für die Kleinen. Das Schulsanierungsprogramm und die Neueinstellung von rund 1.400 Lehrern verbessern das Bildungsangebot in den Schulen. Brennpunktschulen in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld werden mit zusätzlichen Mitteln gezielt unterstützt.

Der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen steigert nicht nur die Bildungschancen der jungen Generation, sondern erleichtert es auch Eltern und vor allem Alleinerziehenden, wieder arbeiten zu gehen. So zählt sich die gute Bildungsinfrastruktur doppelt aus: gute Perspektiven für Kinder und Eltern!
Ihr Klaus Wowereit



Genauso heiß wie dieser Sommer könnte auch der Herbst werden – weniger meteorologisch als politisch. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag stehen an. Über 600 Abgeordnete stellen sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Ihnen geht es vor allem um eines: Dass die Wahlberechtigten ihr Recht aufs Wählen am 22. September wahrnehmen. Ohne diesen Schritt verliert die Demokratie ihre Legitimation und Demokratieorte wie der Reichstag wären nur schöne Hüllen. Foto: AKP

Schon entschieden?

Spannung vor der Bundestagswahl - Viele Wählerinnen und Wähler sind noch unentschieden - Klare Unterschiede bei den Konzepten der Parteien

Es wird spannend am 22. September - auch für die Meinungsforscher. Denn in den Umfragen vor der Bundestagswahl geben diesmal 40 Prozent der Befragten an, sich noch nicht entschieden zu haben. Oder ihre Wahlentscheidung noch einmal überdenken zu wollen.

Für die derzeitige Bundesregierung ist das nicht gerade ein Vertrauensbeweis. Im ARD-Deutschlandtrend wünschten sich im August auch nur ganze 41 Prozent eine Fortsetzung der schwarz-gelben Regierung, 55 Prozent sagen: Es ist Zeit für einen Regierungswechsel. Zahlen, die übrigens seit Monaten konstant sind.

Bei vielen entscheidenden Fragen fehlt der jetzigen Bundesregierung der Rückhalt in der Bevölkerung. Mehr als drei Viertel der Befragten halten etwa das Betreuungsgeld, das vom Kitabesuch fernhält, für Unfug. Und auch beim Mindestlohn folgt die Mehrheit den Vorschlägen von SPD, Gewerkschaften und Grünen. Beim Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb könnten solche inhaltlichen Unterschiede am Ende den Ausschlag geben.

Denn es gibt klare Alternativen. Die Wählerinnen und Wähler können entscheiden, ob weiter vorrangig auf den Markt gesetzt wird – und

damit im Zweifelsfall auch einmal ganze Städte vom Bahnnetz abgekoppelt werden. Oder ob zentrale Alltagsfragen wieder stärker gesellschaftlich geregelt werden.

Es ist die Entscheidung zwischen einem schwarz-gelben Streit über regionale und branchenspezifische Mindestlöhne oder seine flächendeckende Einführung durch Rot-Grün. Zwischen dem Zulassen von Altersarmut oder dem Umsteuern in der Rentenpolitik. Zwischen Mieterhöhungen im bisherigen Umfang oder einem stärkeren Schutz der Mieter gerade bei Neuvermietung.

Unterschiedliche Vorstellungen gibt es auch bei der

Bildung: hier Betreuungsgeld, dort Kita-Ausbau. Oder bei der Finanzierung von Pflege und Gesundheit, wo Rot-Grün mit der Bürgerversicherung eine Alternative entwickelt hat. All dies setzt entsprechende Steuereinnahmen und ein Steuersystem voraus, das die Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der SPD ziehen derzeit von Haustür zu Haustür, um vor allem frühere SPD-Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen. Mit ihrer Unterstützung könnte im 150. Jahr der SPD wieder für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden. Entschieden ist noch nichts.

Mehr zum Thema auf S. 3

IN DIESER AUSGABE

BEZAHLBAR WOHNEN
Berlin tut viel für bezahlbare Mieten. Einiges kann nur der Bundestag regeln. **Seite 4**

HEIMAT STADT
Christina Rau entdeckt ihr „privates Berlin“. **Seite 5**

RÄTSEL
Zu gewinnen: Interessante Freikarten bei den Stadtblatt-Rätseln. **Seite 6**

GERECHTIGKEIT
Ulker Radziwill über die Ziele der SPD. **Seite 7**

WOCHENMÄRKTE
SPD und Stadtrat sind gegen eine Marktprivatisierung. **Seite 7**

NAUMANN MEINT ...
Bezirksbürgermeister: Flüchtlinge willkommen heißen. **Seite 8**

ZAHL DES MONATS

2.502.277

So viele Wahlberechtigte können am 22. September in Berlin an der Bundestagswahl teilnehmen, das sind 34.305 mehr als bei der Bundestagswahl 2009.

ZITAT DES MONATS

»Schlechte Kandidaten werden gewählt von guten Bürgern, die nicht zur Wahl gehen«
Thomas Jefferson (1743–1826), US-Präsident

Spende für DIVAN

Brauerei Krombacher unterstützt das Westender Mehrgenerationenhaus

Im Mehrgenerationenhaus und Nachbarschaftstreffpunkt Divan e.V. war Anfang Mai die Freude groß, als die Brauerei Krombacher dem Divan e.V. in der Charlottenburger Nehringstraße mitteilte, dass der Verein bei der diesjährigen Spendenaktion berücksichtigt wurde.

Seit vielen Jahren im Kiez arbeitend, ist das Nachbarschaftszentrum Divan seit 2012 ein Mehrgenerationenhaus und wird im Klausenerplatz-Kiez durch viel ehrenamtliches Engagement

getragen. Initiiert und mitbegründet hatte die Abgeordnete und Bundestagskandidatin Ulker Radziwill (SPD) den Divan e.V.

Aktive Freiwillige mit Migrationshintergrund gehen gezielt auf Migrantinnen und Migranten zu und organisieren gemeinsam Angebote. Bereits etablierte Angebote wie Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe werden kontinuierlich ergänzt. Die 2.500 Euro-Spende von Krombacher machte nun ein buntes Ferienprogramm möglich. **Mehr auf Seite 8.**

„Mehr Gerechtigkeit“

Die SPD-Bundestagskandidatin Ulker Radziwill über ihr wichtigstes Ziel im künftigen Bundestag

Wenn es dieser Tage an der Tür klingelt, könnte es die Bundestagskandidatin Ulker Radziwill sein, die bezirkswweit die Bürgerinnen und Bürger besucht.

Mit ihrem Tür-zu-Tür-Wahlkampf möchte die SPD-Politikerin mit den Menschen ins Gespräch kommen und vor allem erreichen, dass sie am 22. September wählen gehen.

Immer mehr Menschen finden, dass es in Deutschland ungerecht zugeht. Ändern kann sich das nur, indem sie am 22. September Abgeordnete und



Ulker Radziwill kandidiert erstmals für den Bundestag.

Parteien wählen, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen. Für die SPD-Abgeordnete und

Sozialpolitikerin Radziwill ist soziale Gerechtigkeit ein wichtiges Anliegen. **Mehr auf Seite 7.**

GUT FÜR BERLIN



WIRTSCHAFT IM AUFWIND

Das Wirtschaftswachstum Berlins wird nach Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wie im Vorjahr über dem bundesdeutschen Schnitt von 0,7 Prozent liegen. Die Hauptstadt bildet damit in Ostdeutschland eine Ausnahme. Dort stagniert die Konjunktur.

MEHR NEUBAUTEN

Im ersten Halbjahr 2013 sind in Berlin 4.026 geplante Neubauwohnungen genehmigt worden, das ist über ein Drittel mehr als im ersten Halbjahr 2012. Während die Zahl für neue Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 11 Prozent anstieg, erhöhte sich die Zahl der geplanten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sogar um die Hälfte (+50,4 Prozent). Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 896 Wohnungen zur Verfügung stehen.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Der Senat hat den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre in ganz Berlin ausgeweitet. Die neue Verordnung, die von Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Michael Müller mit Wirkung zum 1. Oktober erlassen wurde, ersetzt frühere Regelungen, die nur für einige Innenstadtbereiche galten.

SCHLECHT FÜR BERLIN



BETREUUNGSGELD

Jeder Anreiz, Kinder aus der Kita fernzuhalten, ist eine gefährliche Fehlsteuerung. Das belegen Ergebnisse der jetzt veröffentlichten Einschulungsuntersuchung, nach denen der Besuch einer Kita die Deutschkenntnisse von Kindern – und damit ihre Schulfähigkeit – nachhaltig fördert. So verfügen heute 75 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund nach einem mindestens zweijährigen Kita-Besuch über gute bis sehr gute Deutschkenntnisse. Bei Kindern, die die Kita nicht besucht haben, sind es unter 50 Prozent.

S-BAHN-AUSFÄLLE

Zwischen Januar und Mai sind nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung insgesamt 10.491 Zugfahrten bei der Berliner S-Bahn ausgefallen. Die gefahrenen Züge haben sich um insgesamt 133.533 Minuten verspätet, das sind etwas mehr als 93 Tage.

So gesehen ...



Karikatur: Erich Rauschenbach

ZUR WAHL STEHT DIE SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von Dr. Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin

Immer mehr Menschen müssen die Erfahrung machen, dass sie zwar hart arbeiten, aber trotzdem nicht genug zum Leben haben. Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Auch Einkommen und Vermögen gehen immer weiter auseinander. Da ist etwas aus dem Lot geraten.

Die SPD will dieser Entwicklung nicht tatenlos zuschauen. Wir wollen mehr WIR und weniger Egoismus. Und damit sind wir nicht alleine: Viele Menschen wollen mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, mehr soziale Gerechtigkeit.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 stehen echte Alternativen zur Wahl:

Beispiel Arbeit: Im Jahr 2010 mussten 22% der Beschäftigten mit einem Nied-



riglohn auskommen – und noch immer ist Deutschland eines der letzten EU-Länder ohne gesetzlichen Mindestlohn. Von Arbeit muss man leben können, deshalb wollen wir einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

Beispiel Rente: Die Bundesregierung schaut tatenlos

MEIN BLICK AUF DIE WAHL

Wieder mehr Gerechtigkeit

Klaus Staeck wirbt für eine andere Politik

„Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zweifelt daran, dass es in Deutschland noch gerecht zugeht“, heißt es in einem Aufruf, den die Aktion für mehr Demokratie im Internet veröffentlicht hat.

„Die deutsche Wirtschaft wächst, der Export boomt. Während die Zahl der Milliardäre weiter zunimmt, wächst die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse, droht Altersarmut. Eine verfehlte Regierungspolitik spaltet die Gesellschaft.“

Einer der Initiatoren dieses Aufrufs ist der Grafiker Klaus Staeck. Seit April 2006 ist er Präsident der Akademie der Künste in Berlin.

Dem Berliner Stadtblatt erläutert er, warum er so deutlich für einen Regierungswechsel eintritt.



Klaus Staeck, Jahrgang 1938, ist Grafikdesigner, Karikaturist und Jurist. Foto: privat

„Von einer sozialdemokratisch geführten Regierung erwarte ich, dass sie etwas gegen die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und das dramatische Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich unternimmt“, sagt Klaus Staeck.

„Es geht um das glaubhafte Engagement für den Schutz der Umwelt ebenso wie um die Durchsetzung des Mindestlohnes sowie den Kampf gegen den totalen Überwachungsstaat.“

Gefragt ist praktische Politik statt opportunistisches Schwadronieren nach dem Motto: Mutti wird's schon richten.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands in Europa.

Es geht um die Beendigung einer Krisenbewältigung zu Lasten der Mehrheit, die wieder einmal für eine fehlgeschlagene Politik zur Kasse gebeten wird.“

FÜR JEDEN ETWAS

■ Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender:

»Ich unterschreibe als CSU-Vorsitzender nach der Bundestagswahl keinen Koalitionsvertrag, in dem die Einführung der Pkw-Maut für ausländische Autofahrer nicht drin steht.«

■ Gero Storjohann, CDU-Verkehrspolitiker:

»Es bleibt dabei, eine Maut für Pkw wird nicht kommen.«

■ Armin Laschet, stellvertretender CDU-Vorsitzender:

»In einem Koalitionsvertrag wird das stehen, auf was sich CDU und CSU verständigt haben. Die Maut gehört nicht dazu.«

■ Michael Link (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt:

»Eine nationale Abgabe, die einerseits alle EU-Bürger beträfe, andererseits aber alle Inländer ausnähme, geht europarechtlich nicht.«

Pflegerereform – vier verlorene Jahre

von Martin Matz, Vorstandsmitglied des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Die vier Jahre, die mit der Bundestagswahl im September zu Ende gehen, waren verlorene Zeit für die Pflege. Gerade in der verbesserten Betreuung von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz besteht die dringendste Aufgabe. Mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wollte die Politik hier Abhilfe schaffen. Aber warum ist das so schwierig?

„Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff“, das klingt nach einer eher technischen Arbeit. Aber vor allem führt jede sinnvolle Neuausrichtung der Pflegeversicherung zu einem höheren Finanzbedarf. Mehr Hilfe bei

Demenz, ein neues Begutachtungsverfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit, angemessene Bezahlung im anspruchsvollen Pflegeberuf, Abschied von der „Minutenpflege“, weniger Sozialhilfeabhängigkeit von Pflegebedürftigen – all diese Aufgaben werden Geld kosten.

Schon vor sechs Jahren begann ein Expertenbeirat beim Bundesgesundheitsministerium einen Vorschlag für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zu erarbeiten – ein schwieriges Thema und daher wurde es auch eine dicke Broschüre. 2009 noch vor dem Regierungsantritt der heutigen Koalition vorgelegt, wa-

ren die Erwartungen groß, dass der Inhalt nun mit einer umfassenden Pflegerereform umgesetzt wird. Doch der neue Bundesgesundheitsminister machte sich nicht an die Umsetzung der Reform, sondern ließ den Beirat weiterarbeiten, bis 2011 der ehemalige Diakoniepräsident Gohde seine Funktion als Vorsitzender des Beirates hinwarf: „Ich konnte nicht den Eindruck gewinnen, dass das Ziel, eine Verbesserung für Menschen mit Demenz zu erreichen, von der Regierung getragen wird. Ich habe auch keinen politischen Willen für die Finanzierung gesehen“, sagte er u.a.

2013 – vier Jahre nach dem



Bericht des Pflegebeirats – erklärt nun die Bundesregierung, die Ideen zum Pflegebedürftigkeitsbegriff von damals seien eigentlich richtig gewesen. Der Umsetzung der wichtigen Reform ist Deutschland aber noch keinen Schritt näher gekommen, weil die Regierung es offenbar nicht wollte oder nicht konnte.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Chefredakteur: Mark Rackles (Vi.S.d.P.) **Redaktion:** Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen **Bezirksredaktion:** Ulrike Dehmel, Heiko Hanschke (Mitte), Burkhard Hawemann, Kai Doering (Friedrichshain-Kreuzberg), Martina Krahel, Lucas Koppehl (Pankow), Robert Drewnicki (Charlottenburg-Wilmersdorf), Helene Sommer, Susanne Finsel (Spandau), Hans Kegel (Tempelhof-Schöneberg), Lisa Marlen Bürger (Steglitz-Zehlendorf), Christopher King (Neukölln), Ralf Thies (Treptow-Köpenick), Enrico Stoelzel (Marzahn-Hellersdorf), Christian Paulus (Lichtenberg) **Anschrift:** Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, info@berliner-stadtblatt.de, berliner-stadtblatt.de **Grund-Layout:** Projektdesign Berlin **Gestaltung:** koko-berlin.de **Anzeigen:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, anzeigen@vorwaerts.de **Druck:** Henke Pressdruck GmbH & Co. KG **Auflage:** 542.000 Exemplare

Was sich ändern muss

Prominente Berlinerinnen und Berliner über ihre Erwartungen an die Bundestagswahl

Die Schlagzeilen stellen der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus. „Kabinett der Ahnungslosen“ titelte die Berliner Zeitung unlängst. Und die Bilanz der Süddeutschen



TIM RENNER ...
...1964 geboren, ist Musikproduzent, Journalist und Autor.
„Kreative brauchen eine Kulturpolitik, die nicht nur auf dem roten Teppich der Filmpremieren stattfindet, eine Medienpolitik, für die das Internet kein „Neuland“ ist, und eine Sozialpolitik, die Solo-Selbständige sichert. Kreative brauchen einen Machtwechsel.“



MARIANNE BUGGENHAGEN ...
...1953 geboren, ist Leichtathletin. Sie gewann insgesamt neun paralympische Goldmedaillen.
„Ich wünsche mir für die Bundestagswahl, dass die Wahlversprechen auch umgesetzt werden. Großen Wert lege ich dabei auf die Bildung, Gesundheit (dazu gehört auch die Pflege) und die Versprechen im sozialen Bereich.“



KLAUS HOFFMANN ...

Zeitung lautete: „Die größte Leistung der Koalition ist es deshalb, dass sie die vier Jahre überlebt hat.“



LEA ROSH ...
...1936 geboren, Fernsehjournalistin, Autorin und Publizistin.
„Meine Wünsche an eine neue Bundesregierung sind sehr einfach und sehr selbstverständlich: 1. Geldumverteilung von oben nach unten. 2. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro. 3. Eine scharfe Mietpreisbindung. 4. Für Frauen natürlich: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, was wir seit Jahrzehnten fordern! 4. Endlich gerechtere Renten. 5. Weg mit dem Betreuungsgeld, dafür kostenfreie Kita-Plätze für alle Kinder, vor allem für die sozial Benachteiligten.“



DORO ZINKE ...
...1954 geboren, Vorsitzende des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg.



FELIX HUBY ...
...1951 in Berlin geboren, ist Sänger, Schauspieler, Autor und Liedermacher.
„Ich wünsche mir Querdenker unter den Gewählten,

Welche Erwartungen verbinden Berlinerinnen und Berliner mit dem 22. September, was soll sich politisch ändern, fragte das Berliner Stadtblatt. Hier einige Antworten.



MICHAEL SOMMER ...
...1952 geboren, seit 2002 Bundesvorsitzender

STIMMEN ZUR BUNDESTAGSWAHL



„Das größte Risiko für die Demokratie sind Menschen, die nicht wählen gehen, weil sie glauben, dass man sowieso nichts ändern kann. Es ist gut, wenn Sozialdemokratinnen und -demokraten an der Regierung beweisen, dass man sehr wohl was ändern kann, dass es einen Unterschied ausmacht, wer die Regierung stellt.
Dabei sind nicht Worte gefragt, sondern Taten.“

...1938 geboren, Schriftsteller, Drehbuchautor (Tatort) und Journalist.
„Nach der Wahl am 22. September erhoffe ich mir Weichenstellungen statt Wahlgeschenke. Vor allem in der Bildungs- und in der Gesundheitspolitik. Ich wünsche mir eine Regierung, die nicht mehr ihr Mäntelchen in den Wind

nicht große-Worte-Macher. Eine gerechte Sozialpolitik, nicht nur Beruhigungstropfen für einige und Hartz IV für die anderen.“

...1948 geboren, Historiker mit dem Fachgebiet Neuere Deutsche und Europäische Geschichte, veröffentlicht im Oktober das Buch „Mit anderen Augen“ über seinen Vater Willy Brandt.
„Ich möchte, dass meine Enkel in einem auch innerlich geeinten Deutschland aufwachsen, das als Teil eines Vereinten Europa zum allgemeinen Frieden, zum Schutz der natürlichen Umwelt und zur gerechten Verteilung der Reichtümer unserer Erde beiträgt. Sie

des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
„Wir brauchen sofort einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, und es muss endlich Schluss sein mit dem Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen.“



LUCI VAN ORG ...
...1971 in Tempelhof geboren, ist Moderatorin, Schauspielerin, Schriftstellerin, Sängerin, Regisseurin und Drehbuchautorin.

hängt wie Frau Merkel, und die unseren europäischen Freunden wirklich hilft, die einen Mindestlohn durchsetzt und Schwachsinnsideen wie das Betreuungsgeld kippt. Ich wünsche mir Geld für Schulen, Straßen, Schifffahrtswege, Schienen und Energieleitungen. Ich wünsche mir, dass ich nicht nachts im Krankenhaus im Sterben liege und niemand bei mir ist wegen des Pflegenotstands. Ich habe eine ziemlich teure Wette laufen, dass Frau Merkel nach dem 22. September nicht mehr Kanzlerin sein wird, und ich wünsche mir sehr, dass ich diese Wette gewinne.“



PROF. DR. PETER BRANDT ...



ÖZGÜR ÖZATA ...
...1977 geboren, war Schauspieler und arbeitet heute als Autor und Literaturagent. Seit Februar 2012 ist er Herausgeber des monatlich erscheinenden Nachrichtenmagazins „Berlinterk“.
„Ich wünsche mir, dass alle Parteien zusammen gegen den institutionellen Rassismus vorgehen. Anstatt das Trennende zu betonen, muss auf Gemeinsamkeiten gebaut werden. In einer modernen Gesellschaft dürfen Farbe und Religion keine Rolle mehr spielen.“

Früher Sängerin der Band Lucilectric, hat sie 2013 ihren Debüt-Roman „Frau Hölle“ veröffentlicht.
„Ich wünsche mir von den zur Wahl antretenden Politikern und Parteien Ehrlichkeit, Respekt vor der Lebensleistung aller Bürger und echte Lösungsvorschläge statt eines Wahlkampfes, der unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufhetzt. Ich wünsche mir Politiker, die die Verletzung von Bürgerrechten im Internet ernst nehmen - anstatt sie entweder als wahnhaft abzutun oder sie für Wahlkampfreden auszuschlachten, während sie gleichzeitig auf Kuschelkurs mit den Verantwortlichen gehen.
Ich wünsche mir Politiker, die selbst aus gesundem Menschenverstand heraus überlegen, wie man den Problemen dieser Zeit begegnen kann, anstatt vermeintlichen Stammwählern Geschenke zu versprechen. Man sagt ja, Wünsche werden wahr, wenn man nur stark genug an ihre Erfüllung glaubt. Muss da ganz offensichtlich noch ein bisschen an mir arbeiten ...“

lität aller und die Gemeinschaftlichkeit gleich groß geschrieben werden. Jahrzehntlang hat es eine Vorherrschaft des globalisierten Finanzmarktkapitalismus und der neoliberalen Ideologie gegeben. Jetzt sollte die Entwicklung der sozialen Teilhabe und - damit verbunden - der politischen Teilnahme zum Vorteil nicht nur einer Partei, sondern auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts einmal wieder im Sinne von „Mehr Soziale Demokratie wagen“ nach oben zeigen.“



KATIA SAALFRANK ...
...1971 geboren, Diplom-Pädagogin (u.a. 2004 bis 2011 im RTL-Format „Die Super Nanny“) und Musiktherapeutin.
„Heute brauchen wir dringend eine moderne und zukunftsfähige Familienpolitik, die den Bedürfnissen von Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso gerecht wird wie dem Recht der Kinder auf's Kindsein und qualitative Betreuung und Bildung.
Wir brauchen ein Zukunftsbündnis für Familie und keine Kinder-Küchen-Kirche-Herdprämie. Dafür stehen Peer Steinbrück und die SPD.“



GAYLE TUFTS ...
...1960 geboren, ist Entertainerin und lebt seit 1991 in Berlin.
„Ich weiß sehr genau, wie einsam und frustrierend es sein kann, wenn man die deutsche Sprache nicht beherrscht. Deshalb ist Bildung so wichtig: Kitaplätze für ALLE! Gut ausgestattete Schulen. Eine gute Ausbildung und viel Unterstützung für KindergärtnerInnen und LehrerInnen. Und eine gute Bezahlung. Das kostet und ist eine Investition in die Zukunft. Eine Investition in weniger Frustration und weniger Sprachlosigkeit.“

So bleibt Wohnen bezahlbar

Bußgelder gegen überhöhte Mieten - Mehr Neubau - Landesunternehmen kauften 14.000 Wohnungen

Berlin hat steigenden Mieten den Kampf angesagt. Etliche Maßnahmen zeigen bereits erste Wirkung, auch der Neubau kommt in Fahrt. Einige Regelungen können aber nur auf Bundesebene getroffen werden.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften üben nicht nur Zurückhaltung bei Mieterhöhungen, sie bauen auch wieder. „Jetzt schon sind rund 5000 neue Wohnungen in 64 Neubauprojekten geplant“, berichtet Stadtentwicklungs-senator Michael Müller. „Gleichzeitig haben die Gesellschaften bereits 14.000 Wohnungen gekauft und damit den stabilisierenden landeseigenen Wohnungsbestand deutlich erhöht.“

Mieterinnen und Mieter die den Verdacht haben, dass sie



Wohnen soll bezahlbar bleiben. Die von vielen geforderte Mietbremse bei Neuvermietungen kann aber nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Foto: Horb

eine überhöhte Miete zahlen, können dies beim Bezirksamt melden. Müller: „Unangemessen kann eine Miete sein, wenn sie die üblichen Mieten vergleichbarer Wohnungen in

Berlin um mehr als 20% übersteigt und der Vermieter zusätzlich ein geringes Angebot an vergleichbaren Wohnungen ausgenutzt hat.“ Welche Mieten in Berlin ortsüblich sind,

zeigt der Mietspiegel. Der Bezirk kann dann gegen den Vermieter in diesen konkreten Fällen vorgehen und empfindliche Bußgelder verhängen. Per Gesetz soll die Zweckent-

fremdung von Wohnraum verhindert werden. Neue Geschäfte mit Ferienwohnungen wird es dann nicht mehr geben.

Aber das Mietrecht wird auf Bundesebene entschieden. Hier ist die bisherige schwarzgelbe Regierungsmehrheit weit hinter den Forderungen der Opposition und der Mieterverbände zurückgeblieben. Vor allem die Mietbremse bei Neuvermietung fehlt. Die möchte die SPD nun nach der Bundestagswahl einführen: Künftig sollen bei Neuverträgen die Mieten nur 10 Prozent über der Vergleichsmiete liegen dürfen. Das Gleiche gilt für Mieterhöhungen im Bestand: Maximal 15 Prozent in 4 Jahren sollen künftig erlaubt sein. Und Maklergebühren soll dann nur noch der zahlen, der den Auftrag erteilt hat. U.H.

SERVICE: BUNDESTAGSWAHL 22. SEPTEMBER

BRIEFWAHL
Bis zum 1. September haben alle Berlinerinnen und Berliner ihre Wahlbenachrichtigung erhalten. Fehlt die Karte, hilft das Bezirkswahlamt bei der Klärung weiter. Wer am Wahlsonntag, dem 22. September, zwischen 8 und 18 Uhr sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, kann Briefwahl beantragen. Hinweise dazu gibt es auf der Benachrichtigungskarte oder beim Bezirkswahlamt im Rathaus.

ZWEI STIMMEN
Es gibt zwei Stimmzettel, auf denen jeweils ein Kreuz gemacht werden darf. Mit der Erststimme wird der Kandidat oder die Kandidatin im Wahlkreis als Person gewählt. Berlin hat zwölf Wahlkreise, die bis auf wenige

Ausnahmen den Bezirken entsprechen. Die Hälfte der Bundestagsmandate wird auf diese Weise direkt vergeben. Über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag - und damit über Koalitionsmöglichkeiten und Kanzler - entscheidet die Zweitstimme. Sie wird für eine Partei und deren Landesliste abgegeben und bestimmt das eigentliche Kräfteverhältnis.

ZUR WAHL GEHEN
Wahlberechtigt ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat und über 18 Jahre alt ist. Wählerinnen und Wähler müssen im Wahllokal einen gültigen amtlichen Ausweis mit Bild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein oder Schwerbehindertenausweis) vorlegen.

Bildung tut gut

Berlin investiert weiter in Kitas und Schulen

Der Ausbau von Kitas und Schulen wird fortgesetzt. Jedes Jahr stellt Berlin mehr als eine Milliarde Euro für frühkindliche Bildung bereit. Auch in die Schulen wird weiter investiert.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Berliner Kinder, die eine Kita besuchen, um 10.000 gestiegen. 20 Millionen Euro hat das Land Berlin 2012 und 2013 für den Ausbau von Kita-Plätzen bereitgestellt. Die Zahl der Stellen für Erzieherinnen und Erzieher ist in diesem Jahr um 200 gestiegen. Als im August das Recht auf einen Kita-platz in Kraft trat, besuchten in Berlin bereits über 44 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren eine Kita - andere Bundesländer streben gerade erst 35 Prozent an.



Viel erreicht für Berlins Schulen: Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Foto: Schulenberg

Die Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer ist von 26.212 auf 26.480 gestiegen. In diesem Schuljahr bildet Berlin zudem wieder 2.200 Referendare aus. Alle 362 Grundschulen, alle 118 Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Ge-

meinschaftsschulen und über ein Dutzend Gymnasien bieten inzwischen den Ganztagsbetrieb an. Mit Investitionen in die Sanierung und die Schaffung neuer Schulräume bereitet sich Berlin zudem auf steigende Schülerzahlen vor. U.H.

Klimawandel: Zunahme an extremen Temperaturen

Berliner Forscher untersuchen die Folgen von Hitzestress und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf

Nach einem langen kalten Winter und einem kühlen Frühjahr ist die Sehnsucht nach Sonne naheliegend. Aber ein Mehr an Hitzetagen in Berlin hat Schattenseiten. Die Folgen von Hitzestress untersuchen Klimatologen, Stadtgeografen, Mediziner, Bauphysiker sowie Stadtplaner und Sozialwissenschaftler vor dem Hintergrund des Klimawandels.

„Der Hitzesommer 2003 hat in Europa etwa 70.000 Menschenleben gefordert, die drittgrößte Naturkatastrophe in Europa seit 500 Jahren“, sagt Professor Dieter Scherer, Klimatologe an der TU Berlin und Leiter der Forschungsgruppe. „In den Nachtstunden haben wir im Sommer im Berliner Umland bis zu zehn Grad niedrigere Temperaturen als in der Innenstadt“, weiß der TU-Pro-

fessor. Hitzestress in Großstädten folgert er aus Effekten unzureichender Abkühlung in den Nachtstunden. Daraus resultiert Schlaflosigkeit, gefolgt von Konzentrationsstörungen, die wiederum Unfallrisiken erhöhen und Befindlichkeitsstörungen verstärken sowie Erkrankungen verschlimmern können.

„Nicht der Hitzschlag ist die unmittelbare Folge von Hitzestress, vielmehr ist es ein schleichender Prozess“, betont Scherer. Zu den durch Hitzestress Gefährdeten rechnet er vor allem ältere Menschen. Klimatologisch kein neuer Wirkungszusammenhang, aber im Hinblick auf den Klimawandel von zunehmender Tragweite. „Der Klimawandel ist ein reales Phänomen. Die warmen Wetterlagen werden zunehmen, die langen kalten Winter



Der Hitze entkommen: Brunnen im Lustgarten. Foto: Horb

sind dazu kein Widerspruch. Wir befassen uns mit nachweisbaren Folgen und wollen die Risiken erforschen“, sagt Scherer. Er spricht vorsichtig

von Projektionen und nicht von Prognosen.

Das bis 2018 angelegte Forschungsvorhaben soll Handlungsmöglichkeiten gegen Hit-

NOTIZEN

UND BERLIN WÄCHST DOCH
Auch wenn die Ergebnisse des Mikrozensus etwas anderes sagen: Berlin wächst, allein im letzten Jahr um 50.000 Menschen. „Das entspricht der Größe der bayerischen Stadt Passau“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. „Die dynamische Wirtschaft zieht Menschen aus dem In- und Ausland zum Leben und Arbeiten nach Berlin – gleichzeitig bietet Berlin eine ausgezeichnete Betreuungsinfrastruktur.“ Beim Mikrozensus waren in Berlin 3.292.365 Personen ermittelt worden, 179.391 weniger als angenommen.

ORGANSPENDE
Mit einer „Berliner Erklärung Organspende“ wollen die Unterzeichner für mehr Bereitschaft zu Organspenden werben und zugleich dafür sorgen, dass die Organspende und -transplantation in Berlin und darüber hinaus auch in Deutschland insgesamt transparenter und vertrauenswürdiger gemacht werden. Zu den Erstunterzeichnern gehört der Berliner SPD-Abgeordnete Thomas Isenberger: „Klare Leitplanken des Patientenschutzes müssen das Vertrauen in die Organtransplantation stärken, Anreize zum Missbrauch beseitigen und Kontrollen verbessern. Andererseits: Wer als Patient im Falle eines Falles Organe gespendet haben möchte, sollte sich überlegen, auch selber solidarisch zu sein und Organspender zu werden.“

Der Herbst bietet reichlich Ernte

In den nächsten Wochen ist viel los – in der Kultur, auf Bauernhöfen und in brandenburgischen Weinbergen

Der Herbst steht vor der Tür, und es gibt reichlich Ernte – ob auf den Feldern rund um die Stadt oder in den Kulturstätten mittendrin. Nach dem erfolgreichen Start 2012 geht die „Berlin Art Week“ am 17. September in die zweite Runde. Verschiedene Kunst-Institutionen haben sich gemeinsam mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Kultur auf die neue Dachmarke verständigt.

Sommer, Sonne, Wasser: Das Berlins Kulturstaatsekretär André Schmitz sieht die Berlin Art Week auf dem besten Weg, sich einen festen Platz im nationalen und internationalen Kulturkalender zu sichern. So wird sich wieder die Kunst Berlins in einer Woche präsentieren. Das verspricht, das Kunstereignis des Herbstes zu werden. Im Internet: www.berlinartweek.de.

Im Berliner Dom gibt es auch dieses Jahr (17. bis 27. Oktober) die Jedermann-Festspiele. Die Regie führt bei Hugo von Hofmannsthal's „Spiel vom Sterben des reichen



Weinfest in Guben.

Foto: PR

Mannes“ erneut Brigitte Grothum. Der leuchtende Kontrast zum düsteren Bühnenspiel ist das traditionelle „Festival of Lights“, das vom 9. bis 20. Oktober wichtige Gebäude der Stadt in buntes Licht taucht.

Wenn die Straße des 17.

Juni mal wieder für ein paar Tage dicht ist, dann ist das kein Grund zum Ärgern. Denn rund um den Tag der Deutschen Einheit wird – das ist sich Berlin schuldig – wieder gefeiert. Vom 3. bis 6. Oktober. Bereits am 29. September star-

tet dort der Berlin-Marathon. Am Wahltag, dem 22. September, präsentiert sich auf dem Potsdamer Platz die brandenburgische Landwirtschaft beim Bio-Hoffest, verbunden mit dem Fest zum Weltkindertag. Das signali-

siert zugleich: Es beginnt die Zeit der Erntefeste. Wer in Berlin bleiben will, erntet am 22. September beim Kartoffelfest auf der Domäne Dahlem seine Erdäpfel selbst. Oder er fährt mit seinen Kindern am 6. Oktober zum Vierfelderhof in Gatow – Groß-Glienicker Weg 30, Bus X34 bis Alt-Gatow.

Auf der Domäne Dahlem heißt es an diesem Tag: Mit Großvater Kartoffeln ernten, und am 12./13. Oktober ist Erntefest.

Für Weinfreunde gehört zum Herbst der Federweiße mit Zwiebelkuchen. Da muss man nicht mehr an Mosel oder Rhein fahren, denn Brandenburg mausert sich gerade zum Weinland. Zum Beispiel Bestensee, wenige Autobahnausfahrten Richtung Cottbus.

Auf dem Mühlenberg wird am 21. September ab 14 Uhr der junge Wein aus der ersten Ernte des 2011 angelegten Weinbergs gefeiert.

Eine Woche später das gleiche in Grano bei Guben. Hier ist nicht nur ein Weinberg, sondern ein richtiges Weinbauzentrum entstanden. Von Mitte September bis Oktober kann man fast täglich Federweißen und gleich nebenan in Werder roten Krausen, direkt im Wachtelberg genießen. Es gibt aber noch einen Geheimtipp: Das auf der anderen Seite der Havel auf der Insel Töplitz gelegene Weingut Klosterhof, ein Biobetrieb, der täglich zu Zwiebelkuchen und Federweißem lädt. Am 28. September kann man ab 10 Uhr bei der Weinernte mitmachen. U. R.

Das vergessene KZ

Gedenkstätte Deutscher Widerstand zeigt Ausstellung zum Columbia-Haus

AUSSTELLUNGSTIPP

Zweimal täglich pendelte ein Gefangenentransport zwischen dem Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße und dem Tempelhofer Feld und brachte Nazi-Gegner von einem Peiniger zum anderen. Mitten in Berlin befand sich eines der ersten Konzentrationslager des Hitler-Regimes. Eine Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnert jetzt daran.

Zwischen 1933 und 1936 waren hier völlig rechtlos 8000 Menschen inhaftiert, Folterungen und Misshandlungen ausgesetzt. Wie viele hier den Tod fanden, ist unbekannt. Erst seit 1994 erinnert ein Denkmal an der Ecke Columbiadamm/Golßener Straße an den Ort des Grauens, allerdings auf der falschen Straßenseite. Ab Sommer 1933 nutzt die Gestapo die 1896 am Rande des Tempelhofer Feldes errichtete Militärstrafanstalt als Gefängnis für Nazi-Gegner. Der rote Backstein-Zellenblock, einst für rund 150 Gefangene errichtet, ist bereits nach wenigen Monaten mit mehr als 450 Gefangenen

überfüllt. Zu ihnen zählen der Jugendpfleger und spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Gewerkschafter Hans Böckler, der Jurist und Publizist Kurt Hiller und der Kabarettist Werner Finck. Die Ausstellung zeigt an zahlreichen Porträts einen breiten Querschnitt der hier Inhaftierten. Es sind unter anderem Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Geistliche, Juden wie auch Homosexuelle. Anfang 1935 bekommt die Haftanstalt den offiziellen Titel „Konzentrationslager Columbia-Haus“ und wird der SS unterstellt. Mit dem Ausbau des Flughafens Tempelhof kommt Ende 1936 der Schlusspunkt für das KZ Columbia-Haus. Es wird 1938 abgerissen. Bis auf einen Wachmann bleiben die Peiniger des KZ nach 1945 unbehelligt. Kein Ruhmesblatt für die Justiz. G. L.

■ **Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße, bis 11. Oktober 2013.**

■ **Öffnungszeiten: Mo – Mi, Fr 9 – 18, Do 9 – 20, Sa und So 10 – 18 Uhr**

Gekommen und geblieben

Christina Rau entdeckt ihr „privates Berlin“

„Genau das finde ich so toll an dieser Stadt: dass es hier so viele verschiedene Möglichkeiten und interessante Gegensätze gibt.“ Christina Rau hat in diesem Sommer ein neues Puzzle-Stück gefunden, das ganz prima in dieses Berlin-Bild passt: Der „Prater“ am Prenzlauer Berg hat es ihr angetan.

„So ein riesiger Biergarten mitten in Berlin mit fröhlicher, ausgelassener Stimmung und so vielen jungen Leuten – schön ist das.“

Als „First Lady“ während der Amtszeit von Bundespräsident Johannes Rau hat sie die Hauptstadt vor allem „dienstlich“ kennengelernt und war viel auf Reisen.

Jetzt erkundet sie – „quer durch die Stadt“ - ihr privates Berlin und fühlt sich in Zehlendorf zuhause.

Denn: „Heimat ist da, wo der Lebensmittelpunkt, die Familie ist“, hat der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau gesagt, als er 1998 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und die Familie an den neuen Dienstsitz umzog. Und anders als die Bundestags-Abgeordneten, die zwar in den parlamentarischen Sitzungswochen hier wohnen, dann aber immer wieder die Koffer packen, um zurück in ihre Wahlkreise zu fahren - sind sie geblieben.



Engagiert in Berlin: Christina Rau beim Welttag gegen ausbeuterische Kinderarbeit 2013.

Foto: Kindernothilfe (Angelika Böhling/Christian Herrmann)

Weil für die Kinder, die beim Umzug 12, 14 und 15 Jahre alt waren, „nachhause kommen“ nun Berlin und nicht mehr Wuppertal heißt. Weil Johannes Rau ein Ehrengrab auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof hat, aber auch, weil die ausgewiesene Politologin Christina Rau in Berlin nach wie vor

viele Aufgaben stemmt, z.B. für die Kindernothilfe, die Johannes-Rau-Gesellschaft oder das Deutsch-Israelische Zukunftsforum.

In der „Stiftung Zukunft Berlin“ setzt sie sich als Schirmherrin des „Campus Rütli“ dafür ein, dass aus einer Schule mit schlechtem Ruf ein Bildungsprojekt mit

guten Aussichten auf neue Chancen wird. Sie radelt gerne zu ihren Terminen, erzählt Christina Rau. „17 Kilometer hin, 17 Kilometer zurück. Ich genieße das sehr, weil es mir einen besonderen Blick auf die Stadt erlaubt.“ Und – siehe oben – auch so manche Entdeckung.

U. W.



Denkmal am Columbiadamm.

Foto: Horb

Gut zu wissen

Miete, Meinungsfreiheit, Ausbildungsbeginn, TV-Empfang



Satellitenschüsseln sind ab 2015 auch für den RTL-Empfang nötig. Foto: Horb

Mieterhöhung. Mieterhöhungen, die innerhalb des ersten Jahres nach Vertragsabschluss eintreffen, sind unwirksam, wenn der Vermieter die Gründe für die Erhöhung bereits beim Vertragsabschluss kannte. Er verstößt

dann gegen die Verpflichtung zu Transparenz und Rücksichtnahme, urteilte das Amtsgericht Wedding. **Meinungsfreiheit.** Die Abmahnung eines Vermieters gegen eine Mieterin in Prenzlauer Berg, die anlässlich eines

Aktionstags 2012 kurzzeitig an ihrem Balkon ein politisches Plakat aufgehängt hatte, ist vom Amtsgericht Mitte zurückgewiesen worden. Ihr Plakat trug die Aufschrift „Erst wenn die letzte Eigentumswohnung gebaut,

der letzte Club abgerissen, der letzte Freiraum zerstört ist, werdet ihr feststellen, dass der Prenzlauer Berg das Kaff geworden ist, aus dem ihr einst geflohen seid.“ Zwar ist die Mieterin durch eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters selbst Betroffene, sie habe aber ausdrücklich nicht die Person angegriffen, sondern die gesellschaftliche Entwicklung kritisiert. Dies müsse der Vermieter dulden. **TV-Empfang.** Die Privatsender der RTL-Gruppe RTL, RTL 2, Super RTL und Vox verabschieden sich zum Ende des Jahres 2014 aus dem frei empfangbaren Antennenfernsehen DVB-T, das gut ein Fünftel der Berlinerinnen und Berliner nutzt. Ab 2015 werden diese Sender nur noch über Satellit, digitales Kabel oder Internet zu empfangen sein. Beim Kabelempfang fallen monatliche Gebühren von rund 20 Euro an, beim Internetfernsehen per DSL (Anbieter u.a. Telekom und Vodafone) rund 40 Euro. Die beim Satellitenempfang (einmalige Kosten für die Geräte rund 100 Euro) notwendige Schüssel kann und darf nicht überall angebracht werden. Statt

RTL werden in Berlin künftig voraussichtlich weitere Sender der Pro7-Sat1-Gruppe per Antenne empfangbar sein. **Ausbildung und Rente.** Für alle, die jetzt eine Berufsausbildung anfangen, beginnt zugleich die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beiträge werden jeweils zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Auszubildenden getragen. Der Arbeitgeber zieht diese Beiträge vom Lohn ab und führt sie an die Versicherung ab. Bei geringen Ausbildungsvergütungen bis 325 EUR monatlich zahlt der Arbeitgeber die Beiträge allein. Durch die Beitragszahlungen werden Entgeltpunkte erworben, die die Grundlage für die Berechnung der späteren Rente bilden. Außerdem werden die Monate mit Beiträgen bei der Ermittlung der Wartezeit berücksichtigt. Die Wartezeit entspricht einer Mindestversicherungszeit, die für den Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt sein muss. Berufseinsteiger, die wegen eines Arbeitsunfalls nicht mehr erwerbstätig sein können, brauchen nicht zu warten.

Teilzeitausbildung. Damit junge Eltern einen qualifizierten Berufsabschluss erlangen können, ist auch in der Berufsausbildung Teilzeit möglich. Bei diesem Ausbildungsmodell, das in allen dualen Ausbildungsberufen möglich ist, wird die wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb in der Regel auf 75 % verkürzt, die Berufsschule besuchen die Auszubildenden in Vollzeit. Weitere Informationen unter www.jobstarter.de/ausbildung-in-teilzeit **Pflegekosten.** Kinder müssen nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ihre Ersparnisse nicht auflösen, um pflegebedürftige Eltern zu unterstützen. In einer Grundsatzentscheidung wurde jetzt festgestellt, dass eine selbst bewohnte Eigentumswohnung der Kinder nicht zum anrechenbaren Vermögen gezählt werden darf. Zudem bleiben Ersparnisse und Lebensversicherungen als eigene Altersvorsorge der Kinder unangetastet, wenn sie 5 % des Bruttogehalts pro Berufsjahr nicht übersteigen. Beim monatlichen Einkommen gilt ein Freibetrag von 1.600 Euro.

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 3 Jahreskarten für die Staatlichen Museen zu Berlin

WAAGERECHT

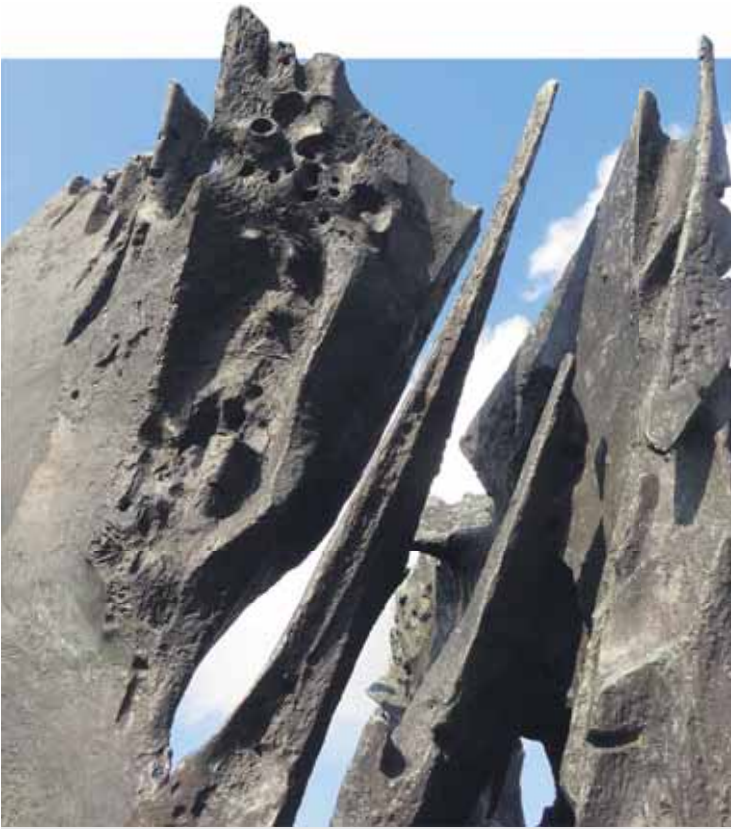
- 1 Bedienfläche
- 5 Stimmlage mit eigener Taste auf PC-Tastaturen
- 7 griechischer Gott
- 10 Mahlzeit fürs Vieh
- 11 Auftakt am Dirigentenpult
- 14 mit Barrieren versehen
- 16 kabelloses Internet
- 17 Verdopplung des Skatrisikos
- 18 den Geiern zum Fraß
- 20 Soest (Kfz-Kennzeichen)
- 21 im Übrigen das Übrige
- 22 Nummer für Ratlose

- 25 Nummer (Abk.)
- 28 portugiesische Inselgruppe mit eigenem Hoch
- 29 Kriechtier mit Schuppenkamm
- 31 Sanitärerjob
- 32 wenn Ehre, dann unbezahlt
- 33 Kleidungsstück für Damen
- 36 breitet sich in der gleichnamigen Ebene aus
- 37 wird am 22. September neu gewählt
- 39 Riesengedöhs
- 42 sie folgt oft aus Frage 40 senkrecht
- 43 Destilliergefäß

- 46 Los ohne Gewinn
 - 48 Berliner Bundestagskandidatin
 - 49 Adler für Klassiker
 - 50 Berliner Bundestagskandidatin (Umlaut = 1 Buchstabe)
- SENKRECHT**
- 1 Grauhai mit Sauglöchern
 - 2 Grundlagenbereich
 - 3 Fundstücke im Hühnerstall
 - 4 quarz- oder unruhigesteuert
 - 5 Flussniederung
 - 6 zwischen den Bergen

- 7 dorthin gehen 7 Millionen Menschen einmal im Monat
- 8 im Ärmel illegal
- 9 Koalitionsvariante (Umlaut = 1 Buchstabe)
- 11 Staatsknete
- 13 Wasser rein, Blumen schön
- 15 kleiner Hirsch
- 16 Denkfabrik der DGB-Gewerkschaften
- 19 Bergweide
- 23 Strom in Westsibirien
- 24 Gewindefreie Verbindungstechnik
- 26 Ozean
- 27 bayerischer Junge
- 30 aufwärts geht's
- 33 chemisches Element
- 34 herrschaftliches Verhältniswort
- 35 ostafrikanischer Binnenstaat
- 36 Marlon Brandos größte Rolle
- 38 längliche, winklige Vertiefung
- 40 Tipp vom Kenner
- 41 Abk. f. Arbeitnehmer
- 44 baskische Separatistenbrigaden
- 45 Schillers Freudenlyrik, Beethovens Hymne
- 47 Aktiengesellschaft

DIE GEWINNE
In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben einen versiegelten Behälter, in dem folgende Unterlagen aufbewahrt werden. Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 23. September 2013 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 Jahreskarten für die Staatlichen Museen zu Berlin. Die Jahreskarte CLASSIC ist gültig für den Besuch aller Dauerausstellungen der Staatlichen Museen zu Berlin während der gesamten Öffnungszeit, sie gilt jeweils für eine Person.



Bilderrätsel

AN WEN ERINNERT DIESES DENKMAL?

Es steht am Rande eines vielbefahrenen Platzes und erinnert an dessen Namensgeber, der im September vor sechzig Jahren verstorben ist. Beim Anblick des Denkmals fällt dem Betrachter der Satz des französischen Politikers Jean Jaurès wieder ein: „**Einer Tradition treu zu sein, heißt der Flamme treu zu sein und nicht der Asche.**“ An wen erinnern Denkmal und Platz?

Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen

Einsendungen zum Bilderrätsel fünf mal zwei Kombieintrittskarten für die beiden Ausstellungen „Die Mauer – das asisi Panorama zum geteilten Berlin“ und die Ausstellung „BlackBox Kalter Krieg“, die beide bis zum Frühjahr 2014 am Checkpoint-Charlie zu sehen sind. Einsendeschluss ist der 23. September 2013 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de).

RÄTSEL-LÖSUNGEN UNSERER AUSGABE JUNI 2013

Lösung des Kreuzworträtsels: **SONNENBRAND.** Bilderrätsel: Der Ausschnitt zeigte einen Teil des **MAHNMALS FÜR DIE OPFER DES ARBEITERAUFGSTANDS VOM 17. JUNI**

an der Wilhelmstraße. Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt. Wir danken allen Leserinnen und Lesern für die Einsendungen.

Es gibt viel zu tun!

SPD-Bundestagskandidatin Ülker Radziwill zu den wichtigsten Aufgaben im Bundestag

Es ist deutlich sichtbar: Die schwarz-gelbe Bundesregierung macht ungeniert Klientelpolitik und schützt die Bürgerrechte der Bevölkerung nicht ausreichend. Die NSA-Spähaffäre ist das beste Beispiel dafür.

Es begann schon kurz nach der letzten Wahl mit der so genannten „Mövenpicksteuer“ als Wahlgeschenk an die Hotelbranche. Es endete vor kurzem mit dem Versuch, im Rahmen eines Steuerabkommens mit der Schweiz deutsche Steuerbetrüger möglichst glimpflich davon kommen zu lassen.

Viele Menschen im Land empfinden es als ungerecht, wie ungeniert Wohlhabende Steuerschlupflöcher nutzen oder am besten gleich den Staat betrügen und ihr Geld illegal ins Ausland schaffen.

Die SPD steht an der Seite der Menschen, die ihr Geld ehrlich verdienen und wissen, dass man Steuern bezahlen muss, damit unsere Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Polizei und Feuerwehr den Standard haben, den wir als Bürgerinnen und Bürger eines wohl-

habenden Landes erwarten dürfen. Ich werde mich deswegen als Bundestagsabgeordnete für eine gerechte Steuerpolitik einsetzen.

Gerechte Steuern

Zur sozialen Gerechtigkeit, der ich mich als Sozialdemokratin verpflichtet sehe, gehört natürlich auch, dass wir niemanden überfordern werden. Die von der SPD vorgeschlagenen Steuererhöhungen betreffen deswegen nur die 5% der Bevölkerung, die mehr als 70.000 Euro im Jahr verdienen - bei 74.000 Euro Bruttoverdienst zahlen diese zwei Euro mehr Steuern, bei höheren Verdiensten mehr. Das ist zu verkraften, finden wir.

Was Bildung bewirkt

Als Tochter türkischer Migranten weiß ich, dass es ohne Bildung keine echte gesellschaftliche Teilhabe geben kann. Ich hatte Glück: Meine Eltern, meine Lehrer haben an mich geglaubt, mich auf dem Weg zu einer guten Bildung unterstützt. Das ist leider nicht



Ülker Radziwill ist in diesen Wochen viel unterwegs in Charlottenburg-Wilmersdorf. Ihr wichtigstes Anliegen: Die Menschen treffen und sich mit ihnen austauschen. Am 22. September kann man sie mit der Erststimme wählen.

immer so. Für Chancengleichheit sind gute und kostenlose Kitas, Schulen und Hochschulen wichtig. Wir brauchen kein Betreuungsgeld, sondern die Möglichkeit, dass der Bund die Länder und Kommunen bei ihrem Bildungsauftrag wieder finanziell unterstützen kann.

Bundespolitik kann aber auch für unseren Bezirk ganz praktische Folgen haben. Durch eine falsche, nur dem Profit verpflichtete Politik schließen bei uns im Bezirk trotz vieler Proteste die Postämter und der Bahnhof Zoo wurde vom Fernverkehr abge-

koppelt. Und dass eins der zuverlässigsten Nahverkehrsunternehmen, die Berliner S-Bahn, zu einem Sanierungsfall wurde, lag an der verfehlten Sparpolitik des Mutterkonzerns DB.

Ich werde mich im Bundestag an der Seite meiner Frak-

tion dafür einsetzen, die falschen Weichenstellungen rückgängig zu machen.

Bezahlbare Wohnungen

Für bezahlbaren Wohnraum im Bezirk ist es wichtig, z. B. die Möglichkeiten für Mieterhöhungen im Bundesmietrecht bei bestehenden Mietverträgen innerhalb von vier Jahren auf maximal 15% zu begrenzen (statt bisher alle drei Jahre um 20%) und bei Neuvermietungen hemmungslosen Wuchermieten einen Riegel vorzuschieben. Dafür stehe ich.

Ich möchte mich im Bundestag für unseren Bezirk, unsere Stadt und unser Land einsetzen. Dabei behalte ich vor allem eins im Blick: mehr Gerechtigkeit in allen politischen Bereichen.

Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Erststimme am 22. September.

Ihre Ülker Radziwill,
SPD-Bundestagskandidatin für Charlottenburg-Wilmersdorf.
info@uelker-radziwill.de
www.uelker-radziwill.de

SPRECHSTUNDEN IHRER WAHLKREISABGEORDNETEN

Vier SPD-Abgeordnete sind von den Charlottenburg-Wilmersdorfer Bürgerinnen und Bürgern direkt in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden. Für sie ist eine regelmäßige Präsenz im Wahlkreis so selbstverständlich wie die Arbeit im Berliner Parlament. Nutzen Sie die Möglichkeit, die Abgeordneten bei sich um die Ecke im Wahlkreis zu treffen. Hier finden Sie die nächsten Sprechstunden. Sie können auch Termine vereinbaren.

Franziska Becker (MdB)

Wilmersdorfer Bürger-Sprechstunden am Fr. 20.09., 18.10., 22.11. jeweils 15.00-16.30 Uhr im Café des Bundesplatz-Kinos
Mehr Infos auf:
www.becker2011.de

Frank Jahnke (MdB)

Bürger-Sprechstunden am Do. 05.09., 17.10., 14.11. jeweils 17.00-18.00 Uhr im SPD-Bürgerbüro, Goethestr. 15, 10625 Berlin
Mehr Infos auf:
www.frank-jahnke.de

Ülker Radziwill (MdB)

Die Abgeordnete Ülker Radziwill kandidiert für unseren Bezirk für den Bundestag. Sie ist bis zum 22. September überall in ihrem Wahlkreis unterwegs, natürlich auch in ihrem Abgeordnetenwahlkreis rund um den Klausenerplatz. Wo Sie Ülker Radziwill wann antreffen, können Sie im Internet nachlesen oder per E-Mail nachfragen.
info@uelker-radziwill.de
Mehr Infos auf:
www.uelker-radziwill.de

Frédéric Verrycken (MdB)

Mobile Sprechstunde am Sa., 14.09., 12.10. und 5.11., jeweils ab 10.00 Uhr vor Reichelt am Heckerdamm am Infostand der SPD.
Mehr Infos auf:
www.verrycken.de

In dieser Ausgabe schreiben für Sie:

Franziska Becker, MdB (FB), Carolina Böhm (CB), Yves Clairmont (YC), Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, Ülker Radziwill, MdB (ÜR), Bezirksstadtrat Marc Schulte, Swen Schulz (MdB), Holger Wuttig (HW), Chefredaktion: Robert Drewnicki (RD)

Die Bezirksredaktion erreichen Sie unter:
presse@spd-citywest.de

Märkte in Bezirkshand lassen

SPD und Stadtrat Schulte gegen Privatisierung

Seit einigen Wochen werden auf den Wochenmärkten des Bezirks Unterschriften gegen die Marktprivatisierung gesammelt - über 10.000 sind es bereits. Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf lehnt die Privatisierung der Märkte ab. Doch damit das verhindert werden kann, muss der Senat sich bewegen. Das Berliner Stadtblatt fragte beim zuständigen Bezirksstadtrat Marc Schulte nach. Seine Antwort:

Die Überlegungen zur Privatisierung sind dadurch entstanden, dass wir Stellen abbauen müssen. Allein in meiner Abteilung Stadtentwicklung und Ordnungsangelegenheiten müssen bis 2016 40 Stellen eingespart werden. Da das nicht in der Bauaufsicht oder Lebens-

mittelkontrolle möglich ist, werden alle anderen Bereiche durchleuchtet. Wir prüfen gerade, welche Organisationsformen bei den Märkten noch möglich sind, um sie weiter zirklich zu führen.

Ich denke dabei besonders an ein Modell, bei dem der Bezirk weiter Veranstalter der Märkte ist, aber bestimmte Dienstleistungen nach außen vergibt, z. B. an eine genossenschaftlich organisierte Gruppe der Markthändlerinnen und Markthändler. Hierzu haben erste Gespräche stattgefunden. Die Entscheidung soll zur Planungssicherheit für die Marktreibenden so getroffen werden, dass sie zum 1. Januar 2015 umgesetzt werden kann.

Beim zuständigen Finanzse-

nator und bei den Regierungsfraktionen der SPD und CDU auf Landesebene werde ich weiterhin dafür, die Märkte beim Personalabbau außen vor zu lassen, da sie in der Tat für unseren Bezirk einen Gewinn erwirtschaften.

Das ist nicht nur ein finanzieller Gewinn, die Märkte sind Treffpunkt und Anziehungspunkt über die Bezirksgrenzen hinaus und sichern eine dezentrale Versorgung im gesamten Bezirk.

Eine Entscheidung des Senats wie von uns vorgeschlagen, bedeutet keine Mehrkosten für das Land Berlin. Die Marktverwaltung könnte in „Bezirkshand“ bleiben.

Allen wäre geholfen, so Marc Schulte (SPD).

Beharrlichkeit zeigt Erfolge für Mieterinnen und Mieter

Swen Schulz und Frédéric Verrycken kümmern sich um Mieterinteressen in Charlottenburg Nord

Charlottenburgs Norden ist ein spannender Stadtteil mit der Jungfernheide, Bildungsangeboten und tollen Wohnungen. Was viele nicht wissen: Die Siemenssiedlung ist sogar UNESCO Weltkulturerbe - genauso wie die Museumsinsel oder Schloss Sanssouci!

Der örtliche SPD-Abgeordnete Frédéric Verrycken weiß aber auch um die Probleme. Auf einem Stadteiltag hat er gemeinsam mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Swen Schulz, dessen Wahlkreis Spandau und Charlottenburg Nord umfasst, sowie dem Charlot-

tenburger SPD-Bezirksverordneten Wolfgang Tillinger das Gespräch mit Mietern und Wohnungsbaugesellschaften gesucht. Sie waren nicht zum ersten Mal vor Ort. Schulz und Verrycken hatten bereits im letzten Jahr zu einer Mieterversammlung eingeladen, auf der sich Vertreter von Wohnungsbaugesellschaften einiges anhören mussten. Im Frühling gab es dann einen Rundgang durch das Wohngebiet.

Jetzt wollten die Politiker wissen, was sich getan hat. Und tatsächlich hat sich, so sagen Mieter, einiges verbessert. Viel



Swen Schulz (MdB), Bundestagskandidat für Spandau und Charlottenburg Nord, schätzt den direkten Bürgerkontakt.

bleibt zu tun. Bei diesem zweiten Rundgang durch die Siemenssiedlung mit Vertretern der GSW und Mietern ist deutlich geworden, dass die von Architekten wie Walter Gropius und Hans Scharoun konzipierte Siedlung natürlich Pflege braucht, an vielen Stellen muss sie wieder auf Vordermann gebracht werden.

„Die Siemenssiedlung, der Charlottenburger Norden insgesamt ist ein toller Stadtteil“, so Swen Schulz. „Doch gerade was die Wohnungen und das Wohnumfeld angeht, muss mehr gemacht werden. Ohne

dass Mieten weiter steigen. Das geht, wenn die Gesellschaften langfristig denken statt auf kurzfristigen Profit zu setzen. Wir brauchen den guten Willen der Eigentümer - und endlich ein ordentliches Mietrecht mit Mietprelsbremse.“

Frédéric Verrycken, Swen Schulz und Wolfgang Tillinger waren immer wieder vor Ort und sehen: Beharrlichkeit bringt Erfolge. Sie bleiben am Ball. Anwohner, die Hinweise geben wollen, erreichen den Bundestagsabgeordneten Swen Schulz unter 030/36 75 70 90 oder info@swen-schulz.de.

NAUMANN MEINT

MENSCHENRECHTE SIND UNTEILBAR!

Mit viel Mitgefühl nehmen wir die Nachrichten vom Leid der Zivilbevölkerung im syrischen Bürgerkrieg wahr. Die Zahl der Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, aber auch aus Ländern, in denen Menschen diskriminiert und verfolgt werden, nimmt zu. Deutschland hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte dem



Asylrecht Verfassungsrang eingeräumt. Deshalb stellen wir Asyl suchenden Menschen für die Dauer ihres Anerkennungsverfahrens menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung.

Charlottenburg-Wilmersdorf steht zu dieser humanitären Verpflichtung. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 13.6. eine Resolution „Menschenrechte sind unteilbar“ im Zusammenhang mit der neuen Flüchtlingsunterkunft in Westend verabschiedet (www.menschenrechte.charlottenburg-wilmersdorf.de). Ich freue mich über diesen einstimmigen und damit parteiübergreifenden Beschluss.

Am 13.7. hat die NPD in Westend versucht, gegen Asylrecht und Flüchtlinge Stimmung zu machen. Ich freue mich, dass die Gegendemonstration mit über 300 Menschen verdeutlicht hat: Kein Platz für Neonazis in der City West - kein Platz nirgendwo!

Selbstverständlich ist das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch Transparenz und Klarheit zu erfüllen. Rassismus und Kriminalisierung ist jedoch ebenso deutlich Einhalt zu gebieten. In Westend sind wir auf einem guten Weg des Dialogs. Ich danke allen Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Kirchen und Vereinen, die der Leitung des Wohnheims ihre Unterstützung zugesagt haben. Das Bezirksamt unterstützt dieses bürgerschaftliche Engagement ausdrücklich!

Wie immer freue ich mich auf Ihre Meinung und Anregungen unter naumann@charlottenburg-wilmersdorf.de.

Mit allen guten Sommerwünschen grüßt Sie ganz herzlich

Ihr Reinhard Naumann

Krombacher unterstützt DIVAN

Spende machte Ferienangebote möglich

Zur feierlichen Übergabe des Spenden-Schecks der Brauerei Krombacher waren Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, die Bundestagskandidatin Ülker Radziwill, Sven Hanke von der Krombacher Brauerei und für den Divan Bilgin Lutzke, Carolina Böhm, Rainer Eurskens und Elife Caner gekommen.

Trotz des ehrenamtlichen Engagements der Nachbarschaft, wodurch das breite Angebot des Divan e.V. getragen wird, sind die Kassen immer knapp. Der interkulturelle Treff mit schmalen Budget ist in vielen Bereichen auf Spenden angewiesen. Neben den täglichen Angeboten wie Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler, Rechts- und Sozialberatungen, Deutschkursen und Kulturangeboten leistet der Divan

e.V. direkte Nachbarschaftshilfe. Insbesondere in den Ferien werden Angebote für die Familien der Nachbarschaft gemacht, die sich keinen Urlaub leisten können. Diese Angebote sind jedoch auf Spendeneinnahmen angewiesen, um z.B. Fahrkarten und Eintrittsgelder zu finanzieren.

Mit den 2.500 € der Krombacher Brauerei konnte daher in diesem Jahr ein besonders schönes Ferienprogramm für die Daheimgebliebenen organisiert werden. Ausflüge in die Gärten der Welt in Marzahn, ein Besuch des Technik-Museums mit „Kind und Kegel“, der Botanische Garten in Dahlem, die Vorschläge waren vielfältig und wurden zahlreich genutzt. CB

Mehr Infos auf www.divan-berlin.de



Der DIVAN in der Nehringstraße konnte sein Ferienangebot ausweiten. Mit dabei Bezirksbürgermeister Naumann und Mit-Gründerin Ülker Radziwill. Foto Divan e.V.

Das besondere Kiez-Kino

SPD ist oft zu Gast im Bundesplatz-Kino



Das Kino am Bundesplatz ist immer einen Besuch wert. Franziska Becker lädt hierhin zum Kinoabend und ihren monatlichen Bürgergesprächstunden ein. Foto: Simon Becker

Das Kino am Bundesplatz ist eins der wenigen Kiezkinos. Die besondere Mischung aus Filmen, die man gerne wieder auf der Leinwand sehen will, machen es so beliebt. Auch die SPD ist dort gerne zu Gast.

So hält die Wilmersdorfer Abgeordnete Franziska Becker dort regelmäßig ihre Bürgergesprächstunden ab (Termine s. S. 7) oder lädt zum Kinoabend ein (s. u.). Schauen Sie mal vor-

bei - im Kino am Bundesplatz. Mo. 26.8.; 19 Uhr: Ein Abend von Frauen für Frauen (und Männer) - von und mit der SPD, Franziska Becker (MdA), Ülker Radziwill (SPD-Bundestagskandidatin) und Petra Merkel (scheidende Bundestagsabgeordnete).

20 Uhr: Filmvorführung „Die Waffen der Frauen“ von 1988 (Eintritt 7 €). FB Mehr: www.becker2011.de.



Anna Nemitz war eine der sozialdemokratischen Frauen, die sich schon im Kaiserreich politisch engagierten - trotz des Verbots für Frauen, politisch tätig zu sein. Foto: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung

Kampf für Gleichheit

STADTBLATT-Serie zum 150. Geburtstag der SPD (Teil 5)

Im November 1918, der Geburtsstunde der ersten Demokratie auf deutschem Boden, herrscht Revolution. Die SPD wird in den folgenden Wochen das volle Wahlrecht auch für Frauen durchsetzen. In den Arbeiter- und Soldatenräten jedoch, die in den Revolutionstagen politische Verantwortung übernehmen, dominieren Männer.

Frauen aus der sozialistischen Arbeiterbewegung wollen sich aber nicht länger ins politische Abseits stellen lassen. Eine von ihnen ist die 1873 geborene Anna Nemitz. Trotz

des Verbots für Frauen, sich politisch zu betätigen, war sie schon im Kaiserreich aktive Sozialdemokratin. Nun ist sie die einzige Frau im Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Charlottenburg.

In den folgenden Jahren wird Anna Nemitz Stadtverordnete in Charlottenburg, gehört dann von 1920-1933 dem Reichstag an. Seit 1919 ist sie Mitglied der Zentrallleitung der USPD (der Partei des linken Flügels der Sozialdemokratie), nach deren Zusammenschluss mit der Mehrheitssozialdemokratie 1922 Beisitzerin im Vorstand

der SPD. Während der Nazi-Herrschaft muss Nemitz, nun in Köpenick wohnend, zeitweilig untertauchen. 1945 beteiligt sie sich maßgeblich an der Wiedergründung der SPD und dem Demokratieaufbau.

Von 1946-50 ist sie Berliner Stadtverordnete. 1953 erhält sie als erste Frau die Würdigung einer Stadtältesten. Im Osten Berlins wohnhaft, wird sie jedoch als Sozialdemokratin zunehmend von den kommunistischen Machthabern drangsaliert. Anna Nemitz stirbt ein Jahr nach dem Mauerbau am 6.10.1962 in Berlin. YC

SPD-Familienfest im Lietzenseepark

Mit Spielen, Informationen und natürlich Speis & Trank

Am Samstag, 7. September findet wieder das beliebte Familienfest der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf im Lietzenseepark auf der Schillerwiese von 14.30-18.30 Uhr statt (Zugang Kaiserdamm/Witzlebenplatz).

Neben einer großen Hüpfburg und einem Spielparcours für die Kleinen kommen natürlich auch die Großen auf ihre Kosten. Es gibt Essen und Trinken zu moderaten Preisen und

an rund 30 Ständen präsentieren sich Theater, Vereine und Organisationen aus dem Bezirk sowie die SPD. Prominente Politikerinnen und Politiker dürfen nicht fehlen. Mit dabei sind: Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus Charlottenburg-Wilmersdorf und viele andere Politikerinnen und Politiker aus Bezirk, Land und Bund.

Und natürlich bietet das Fest

eine hervorragende Gelegenheit, die SPD-Bundestagskandidatin für Charlottenburg-Wilmersdorf Ülker Radziwill zu treffen und mit ihr in entspannter Sommerfestatmosphäre über ihre Ideen für eine andere Politik auf Bundesebene zu sprechen oder ihr einfach nur Anregungen mit auf den Weg zu geben. Für die musikalische Begleitung sorgt die Band „Brothers of Blues“.

www.spd-citywest.de

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV)

Der Bezirk zeichnet sich durch ein vielseitiges und hochwertiges kommunales Kulturangebot aus. Dazu gehören öffentliche Institutionen wie die Villa Oppenheim oder Kommunale Galerie genauso wie die Angebote und Projekte der freien Kulturszene. Um den Bezirk als Kulturstandort zu stärken, fordert die SPD-Fraktion einen

Kulturentwicklungsplan für Charlottenburg-Wilmersdorf. Nach der Bestandsaufnahme durch das Bezirksamt soll ein Dialog mit den Kulturschaffenden und der interessierten Öffentlichkeit stehen. Welche Angebote braucht der Bezirk? Wo können durch Vernetzung Synergieeffekte entstehen? Schließlich ist der Kulturbereich ein wichtiger Wirt-

schaftsfaktor und die Bezirke stehen in Konkurrenz. Der Kulturentwicklungsplan darf keine statische Größe sein, er lebt von den Ideen und Initiativen, die fortlaufend einfließen und soll sich entwickeln. Gerne laden wir Sie ein, sich hieran zu beteiligen. HW Mehr Informationen auf www.spd-fraktion-cw.de